

„Allgemeines Gelächter auf beiden Seiten.“ Die deutsch-sowjetische Umsiedlungsaktion 1939/40

von Claudia Weber

Am 27. Januar 1940 versammelten sich Vertreter des Auswärtigen Amtes (AA), des Oberkommandos der Wehrmacht, der SS, der Sicherheitspolizei (Sipo) und der Volksdeutschen Mittelstelle (VoMi) in den Krakauer Diensträumen des Höheren SS und Polizeiführers für das Generalgouvernement, Friedrich-Wilhelm Krüger.¹ Auf der Tagesordnung der dreistündigen Sitzung stand die, wie die NS-Propaganda getönt hatte, „großzügigste Völkerwanderung der Weltgeschichte“, in deren Folge von Dezember 1939 bis zum Frühjahr 1940 rund 125 000 „Volksdeutsche“ – Angehörige der deutschen Minderheit ohne deutsche Staatsbürgerschaft – aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet in das deutsche Besatzungsgebiet umgesiedelt worden waren.² Die letzten Trecks aus Galizien, Wolhynien und dem Narewgebiet hatte Heinrich Himmler, der Reichsführer SS und Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, am Vortag bei eisigen Temperaturen im deutsch besetzten Teil der polnischen Grenzstadt Przemysl begrüßt. Nun, nachdem Himmler und die Pressefotografen des „Schwarzen Korps“, dem Organ der Reichsführung der Schutzstaffeln, wieder abgereist waren, setzten sich die Verantwortlichen noch einmal zusammen. Im Mittelpunkt ihrer Bilanz stand die Kooperation mit dem sowjetischen Bündnispartner, von dem noch viel zu lernen war.

Die deutsch-sowjetische Umsiedlungsaktion 1939/40

Die Umsiedlungsaktion – das deutsche Besatzungsgebiet verließen lediglich ca. 12 000 Personen in Richtung Sowjetunion – war eine der zentralen gemeinsamen Unternehmungen in der Geschichte des deutsch-sowjetischen Bündnisses zur Zeit des Hitler-Stalin-Pakts. Sie gibt Auskunft über die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und sowjetischen Besatzern, die bisher in der Geschichtsschreibung der ersten beiden Jahre des Zweiten Weltkriegs vernachlässigt worden ist. Während die diplomatische Entstehungsgeschichte des deutsch-sowjetischen Bündnisses gut erforscht ist und zahlreiche Studien zu den jeweiligen Besatzungspolitiken vorliegen, ist über die Kooperation der beiden Besatzungsmächte trotz Timothy Snyders einflussreichem Buch „Bloodlands“ wenig bekannt.³ Die Geschichte der Umsiedlungsaktion bietet, wenn sie nicht, wie bisher geschehen, als deutsche oder

1 Bundesarchiv Berlin, R59/311, Volksdeutsche Mittelstelle, Bl. 8-19. Bericht über die Tätigkeit des deutschen Umsiedlungskommandos auf dem Gebiet der Sowjetunion und die Mitwirkung der sowjetischen Regierungsvertreter bei der Aussiedlung der Volksdeutschen vom 28.1.1940.

2 Zur Geschichte der Umsiedlungen siehe: Stefan Döring: Die Umsiedlung der Wolhyniendeutschen in den Jahren 1939 bis 1940, Frankfurt a.M. 2001.

3 Aus der umfangreichen Forschungsliteratur sei stellvertretend verwiesen auf: Bernd Wegener (Hrsg.): Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa“, München u.a. 1991; Anna Kaminsky, Dietmar Müller u.a. (Hrsg.): Der Hitler-Stalin-Pakt 1939 in den Erinnerungskulturen der Europäer, Göttingen 2011; Ingeborg Fleischhauer: Der Pakt: Hitler,

als sowjetische Besatzungsaktion, sondern in ihrer Wechselbeziehung und Verflechtung als deutsch-sowjetische Kooperation analysiert wird, einen ersten Einblick in die Praxis und Praktiken des Hitler-Stalin-Pakts.

Die vertragliche Grundlage für die Umsiedlungen legte der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag, den Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop und sein Amtskollege Außenkommissar Wjačeslav Molotov am 28. September 1939 in Moskau unterzeichneten.⁴ Im vertraulichen Protokoll zu diesem Vertrag, der die neue Grenze definierte und die bilateralen Beziehungen nach der vereinten Vernichtung der Zweiten Polnischen Republik umriss, wurde festgelegt, dass

„die Regierung der UdSSR [...] den in ihren Interessengebieten ansässigen Reichsangehörigen und anderen Persönlichkeiten deutscher Abstammung, sofern sie den Wunsch haben, nach Deutschland oder in die deutschen Interessengebiete überzusiedeln, hierbei keine Schwierigkeiten in den Weg legen [wird]. Sie ist damit einverstanden, dass diese Umsiedlung von Beauftragten der Reichsregierung im Einvernehmen mit den zuständigen örtlichen Behörden durchgeführt wird und dass dabei die Vermögensrechte der Auswanderer gewahrt bleiben.“⁵

Moskau garantierte die freiwillige Ausreise der Volksdeutschen und ließ im Gegenzug die deutsche Regierung erklären „hinsichtlich der in ihren Interessengebieten ansässigen Personen ukrainischer oder weißrussischer Abstammung [...] eine entsprechende Verpflichtung“ einzugehen.⁶

Das beiderseitige Bestreben, die Bewohner der eroberten polnischen Gebiete auszutauschen, entsprach den Ordnungs- und Raumvorstellungen von Nationalsozialismus und Stalinismus, wobei die erstgenannte Ideologie auf biologistisch-völkische Begriffe von Rasse und Abstammung setzte, während für den Stalinismus stets soziale Kriterien und eine ver-

Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939, Berlin u.a. 1990; Jochen Böhrer: Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt a.M. 2006; Richard C. Lukas: *Forgotten Holocaust. The Poles under German Occupation 1939–1944*, New York, NY 1997; Stephan Lehnstaedt: *Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939–1944*, München 2010; Czesław Madajczyk: *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen*, Bonn 1991; Jan T. Gross: *Revolution from Abroad: The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia*, Princeton, NJ 2002; Wanda Krystyna Roman: *Die sowjetische Okkupation der polnischen Ostgebiete 1939 bis 1941*, in: Bernhard Chiari (Hrsg.): *Die polnische Heimatarmee*, München 2003, S. 87-110; Stanisław Ciesielski, Wojciech Materski u.a. (Hrsg.): *Represje sowieckie wobec Polaków i obywateli polskich [Sowjetische Repressionen gegenüber Polen und polnischen Bürgern]*, Warschau 2002; Timothy Snyder: *Bloodlands: Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2011.

4 Zu den Verhandlungen ausführlich bei: Ingeborg Fleischhauer: *Der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939. Die deutschen Aufzeichnungen über die Verhandlungen zwischen Stalin, Molotov und Ribbentrop in Moskau*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 3 (1991), S. 447-470.

5 *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie D (1937–1941), Band VIII, Wiesbaden 1950 ff., S. 128.*

6 *Ebenda, S. 127-129.* Der Text des Vertrages inklusive der vertraulichen und geheimen Protokolle zum Grenz- und Freundschaftsvertrag ist ebenfalls abgedruckt in: Kurt Pätzold, Günter Rosenfeld (Hrsg.): *Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941*, Berlin 1990, S. 260-263.

meintliche oder reale Klassenzugehörigkeit Bevölkerungsverschiebungen legitimierten, die allerdings oftmals ebenso ethnisch motiviert waren.⁷ Nach der Unterzeichnung des Grenz- und Freundschaftsvertrages begannen beide Seiten die bevorstehende Aktion zu planen, wozu Mitte Oktober die deutschen Verhandlungsführer nach Moskau reisten; unter ihnen Vertreter des AA und vermutlich der Leiter der VoMi, SS-Obergruppenführer Werner Lorenz, sowie SS-Brigadeführer Horst Hoffmeyer, ein loyaler Gefolgsmann von Himmler, der bald zum Chef des VoMi-Amtes für die „Sicherung deutschen Volkstums in den neuen Ostgebieten“ aufstieg. Vorsitzender der deutschen Delegation war der in Istanbul geborene Jurist Kurt von Kamphoevener, ein seit 1911 im Dienst des AA stehender erfahrener Diplomat. Kamphoevener, dessen Vater Militärberater am Hof des osmanischen Sultans Abdülhamid II. gewesen war, entstammte einer preußischen Offiziers- und Diplomatenfamilie. Seit 1930 Mitglied der SPD, leitete Kurt von Kamphoevener von 1931 bis 1936 das Referat „Völkerbund“ im AA. Nach Moskau reiste Kamphoevener, der 1940 in die NSDAP eintrat, als Leiter des AA-Referats „Friedensfragen“.⁸

Wer die Deutschen in Moskau empfing, wo und worüber mit wem verhandelt wurde, ist, wie so vieles in der Geschichte des deutsch-sowjetischen Bündnisses, (noch) nicht bekannt. Der problematische Zugang zu den russischen Archiven, insbesondere zum Archiv des Außenministeriums sowie die Vernichtung zahlreicher Akten des „Dritten Reiches“ bei Kriegsende erschweren die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der von der Forschung lange Zeit vernachlässigten Verflechtungsgeschichte in der ersten Phase des Zweiten Weltkriegs. So kann auch über die sowjetische Verhandlungsführung bisher nur gemutmaßt werden. Unterschrieben wurde das Umsiedlungsabkommen von Kamphoevener und, ohne Nennung des Vornamens, von „Litvinov“ als dem Vorsitzenden der sowjetischen Regierungsdelegation. Die naheliegende Frage, ob es sich dabei um den von Stalin Monate zuvor geschassten einstigen Außenkommissar Maksim Maksimovič Litvinov, Molotovs Vorgänger, handelte, ist verschiedentlich und ohne überzeugende Klärung diskutiert worden.⁹ Verhandelte Moskaus Protagonist der außenpolitischen Annäherung an die westeuropäischen Demokratien im Herbst 1939 mit Adolf Hitlers Funktionären? Für diese Vermutung sprechen einige Indizien, ebenso wie es gute Argumente dagegen gibt. Im Mai 1939 musste Litvinov, der aus einer jüdischen Familie stammte und international als Vertreter des Völkerbundes und der Politik der kollektiven Sicherheit gegen Hitler anerkannt war, sein Amt an Molotov abgegeben. In der Geschichtswissenschaft ist der Wechsel im Außenkommissariat als ein Zeichen Stalins an Hitler interpretiert worden, das die Bereitschaft zur gegenseitigen Annäherung signalisierte.¹⁰ Dies ist zweifelsohne zutreffend, weniger aber die Schlussfolgerung, damit

7 Siehe hierzu weiterführend: Ulrike Jureit: *Das Ordnen von Räumen. Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert*, Hamburg 2012; Jörg Baberowski, Anselm Doering-Manteuffel: *Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium*, Bonn 2006.

8 In den 1950er Jahren war Kurt von Kamphoevener Generalkonsul in Istanbul. Bei seiner Vernehmung durch die G-2 gab er an, erst 1942 der NSDAP beigetreten zu sein. Protokoll der Befragung von Kurt von Kamphoevener am 14.8.1945, im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, online unter: <http://www.ifz-muenchen.de/archiv/zs/zs-2066.pdf> [letzter Zugriff: 26.2.2018].

9 Dazu die verschiedenen Beiträge in: Horch und Guck, Themenschwerpunkt: Kriegserklärung an Europa. Der Hitler-Stalin-Pakt und seine Folgen 24 (2015), Nr. 1, darin insbesondere: Sven Felix Kellerhoff: Gestapo und NKVD Seite an Seite, S. 29-31.

10 Zu dieser Diskussion siehe bei: Susanne Schattenberg: *Diplomatie der Diktatoren. Eine Kultur-*

sei Litvinovs politisches Aus besiegelt gewesen. Die antisemitische Säuberungsaktion im Außenkommissariat ging an Litvinov – im Unterschied zu vielen seiner engen Mitarbeiter – vorbei. Er wurde weder verhaftet noch deportiert oder erschossen. Die Mehrzahl der Biografien gab in der Vergangenheit wenig Auskunft über das Leben des Gestürzten, sodass im besten Falle angenommen wurde, Litvinov habe, aus allen Machtzirkeln ausgeschlossen, ein halbwegs unspektakuläres Pensionärsleben außerhalb Moskaus geführt. Allein die während des Krieges, im Jahr 1943, erschienene Biografie des US-Amerikaners Arthur Upham Pope hat darauf verwiesen, dass Litvinov zwar degradiert wurde und von der internationalen Bühne verschwand, nicht aber aus dem Außenkommissariat. Hier rückte er als Leiter des Internationalen Informationsbüros im Zentralkomitee der Partei lediglich in die zweite Reihe, verblieb aber auf einer wichtigen Verbindungsstelle zwischen dem Außenkommissariat und der Machtzentrale im Kreml.¹¹ Darüber hinaus war Litvinov weiterhin Abgeordneter der Stadt Leningrad im Obersten Sowjet und, wie Henry Cassidy süffisant kommentierte, nur „carefully wrapped up and kept on ice for another day“.¹² Litvinov überlebte die Säuberungen, weil er als im Westen anerkannter und gut vernetzter Außenpolitiker wieder nützlich werden konnte und, nach dem deutschen Überfall, als Botschafter in Washington auch wieder wurde. In der Zwischenzeit war er, dessen Schicksal von Stalins Gnaden abhing, nicht untätig. Für seinen Einsatz bei den Verhandlungen mit den Deutschen sprach, dass Litvinov bereits in seiner Zeit als Außenkommissar Erfahrungen mit dem „Dritten Reich“ gemacht und sich nach Hitlers Machtantritt für den Erhalt der so vorteilhaften politischen Beziehungen eingesetzt hatte.¹³ Hinzu kam, dass auch die deutsche Seite im Herbst 1939 einen verdienten Diplomaten alter Schule zum Vorsitzenden bestimmte und nach Moskau entsandte. Mit Litvinov und Kamphoevener, die beide, wenn auch zu unterschiedlichen Zeiten, im Völkerbund aktiv gewesen waren, konnte und sollte die deutsch-sowjetische Aktion in die Tradition der zahlreichen völkerrechtlich sanktionierten „Umsiedlungen“ gestellt werden, die infolge des Ersten Weltkriegs vor allem in Ost- und Südosteuropa zu immensen und teilweise extrem gewaltintensiven Bevölkerungsverschiebungen geführt hatten. Kamphoevener und Litvinov waren Repräsentanten der europäischen Völkerbundpolitik in der Zwischenkriegszeit. Dass nun gerade Litvinov in den frühen 1930er Jahren von Goebbels' Propaganda scharf angegriffen und diffamiert worden war, dürfte die Deutschen in Zeiten, in denen sich Ribbentrop in Moskau „wie unter alten Parteigenossen“ fühlte und Stalin Trinksprüche auf Hitler ausbrachte, wenig gestört und für Stalin lediglich eine pikante Note dargestellt haben.¹⁴ Gegen die Vermutung, dass Litvinov mit dem ehemaligen Außenkommissar identisch war, sprechen allerdings Fotos, die in der deutschsprachigen Besatzungspresse im Generalgouvernement erschienen und auf denen der Vorsitzende der sowjetischen Regierungsdelegation keinerlei Ähnlichkeit mit Maxim Litvinov auswies.

geschichte des Hitler-Stalin-Pakts, in: Osteuropa 59 (2009), H. 7-8, S. 7-31, hier S. 10 f.; Donal O'Sullivan: The Role of the Narkomindel in Formulation and Implementation of Soviet Foreign Policy 1939–1941, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 3 (1999), H. 1, S. 115-136, hier S. 116, 127.

11 Arthur Upham Pope: Maxim Litvinoff, New York, NY 1943, S. 458 f.

12 Henry C. Cassidy: Moscow Dateline, Boston, MA 1943, S. 64.

13 Gustav Hilger: Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten, Frankfurt a.M. 1964, S. 214-260.

14 Schattenberg, Diplomatie der Diktatoren, (wie Anm. 10), S. 25-27.

Ohnehin dienten Kamphoevener und Litvinov nur als Fassade. Die operative Leitung der Umsiedlungsaktion oblag dem NKVD und der SS, wie Kamphoevener nach Kriegsende gegenüber dem US-Militärgeheimdienst G-2 bestätigte. „On his commission“, so Kamphoevener über die Verhandlungen in Moskau, „were various representatives of government agencies including Himmler’s Volksdeutsche Mittelstellen. The Russian Commission was headed by ‚Mali‘ Litvinov [sic] although the real power was held by the GPU representative, and later Lt. Gen. Moslenikov [sic].“¹⁵ Am 3. November 1939 informierte das Auswärtige Amt über den Abschluss des Umsiedlungsvertrages, der am 16. November unterzeichnet werden konnte. Im Einzelnen regelte es die Zuständigkeiten, den Ablauf und die Organisation der Umsiedlungsaktion, die zum 1. März 1940 abzuschließen war. In den Artikeln wurde beispielsweise festgelegt, welches Hab und Gut Umsiedler mitführen durften: Kleinvieh und zwei Pferde, wenn die Überführung im Treck erfolgte, Geldmittel, Edelmetalle und Waffen waren strikt verboten. Über das zurückgelassene Vermögen sollten Listen angelegt werden, die der geplanten Entschädigung der Umsiedler dienten, die mittels eines zwischenstaatlichen Ausgleichs erfolgen sollte. Für Moskau kam weder die Entschädigung noch ein zwischenstaatlicher Ausgleich infrage, sondern nur, wie Stalin in Art. 9 festhalten ließ, die vollständige und ersatzlose Enteignung: „Das nach der Aussiedlung zurückbleibende Vermögen fällt unter staatlichen Schutz und Verfügungsgewalt der Seite, auf deren Gebiet es zurückgelassen ist.“¹⁶ Art. 10, in dem „die vertragschließenden Seiten [...] die Möglichkeit eines endgültigen Ausgleichs der gegenseitigen Vermögensansprüche auf Grund einer gegenseitigen Aufrechnung der Werte des zurückgelassenen Gutes in globalen Summen nicht [ausschlossen, sic; C. W.]“, war mehr als vage formuliert und wurde vom folgenden Wortlaut völlig entwertet. Denn „in diesem Fall“, lautete dieser, „können Vermögensansprüche sowohl auf der einen wie auf der anderen Seite nur bezüglich solcher Vermögen und Unternehmen einbezogen werden, die nach den Gesetzen des Landes, in dem sie sich befinden, im Eigentum privater Personen stehen können.“¹⁷ Der „Ausgleich der gegenseitigen Vermögensansprüche“ kam nicht zustande.

„Die Sowjets“, hieß es im Bericht einer deutschen Umsiedlungskommission aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, „verweigerten verschiedentlich die Ausstellung von Vermögenslisten von solchen enteigneten Fabrikanten. In der Verhandlung mit dem Hauptregierungsvertreter wird darauf hingewiesen, dass die Vermögenslisten von uns deshalb benötigt werden, weil die Fabrikanten im Reich entschädigt werden sollen. Völlige Verständnislosigkeit und ungläubiges Lächeln mit dem Bemerkten: ‚Lasst sie doch arbeiten!‘“¹⁸

Die von den Deutschen verlangten Entschädigungsleistungen sollten, der nationalsozialistischen Rassenideologie folgend, allerdings nur für „Volksdeutsche“ gelten und keinesfalls für

15 Protokoll der Befragung von Kurt von Kamphoevener am 14.8.1945 (wie Anm. 8).

16 Hellmuth Hecker: Die Umsiedlungsverträge des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt a.M. 1971, S. 105-119.

17 Ebenda.

18 Bundesarchiv Berlin, Volksdeutsche Mittelstelle R 59/309, Bl. 1-67. Tätigkeitsberichte deutscher Gebietsbevollmächtigter der Umsiedlungsaktion.

die polnische Bevölkerung oder andere Volksgruppen, die ebenfalls zwischen den Besatzern ausgetauscht wurden und deren Lebensgrundlage den Deutschen ebenso gleichgültig war wie den Sowjets.

Abschnitt Zwei (Art. 6-10) des Abkommens vom November regelte die personelle Zusammensetzung der gemischten deutsch-sowjetischen Umsiedlungskommission, die aus zwei Unterkommissionen bestand, einer sowjetischen und einer deutschen. Die operative Leitung oblag den jeweiligen Hauptbevollmächtigten, die auf dem Territorium des Verbündeten tätig wurden, während im eigenen Besatzungsgebiet Hauptregierungsvertreter eingesetzt waren. Den Hauptbevollmächtigten und Hauptregierungsvertretern, die gemeinsam von einem zentralen Standort aus die Umsiedlungen organisierten, waren zwei Stellvertreter, Gebietsbevollmächtigte und Gebietsregierungsvertreter, Ortsbevollmächtigte und Ortsregierungsvertreter, ebenfalls mit ihren Stellvertretern, an die Seite gestellt. Art. 13 (Abschnitt III „Organisation der Umsiedlung“) nannte folgende Standorte der Hauptbevollmächtigten, bzw. der Hauptregierungsvertreter „auf dem Gebiet des Reiches die Städte Cholm (Chełm) und Jaroslau (Jarosław)“ und „auf dem Gebiet der UdSSR die Stadt Luzk“ (Łuck). Die Standorte der deutschen Gebietsbevollmächtigten auf dem sowjetischen Gebiet waren Bielsk-Podlasky (Bielsk Podlaski), Luzk (Łuck), Stanislaw (Stanisławów), Kostopol (Kostopol), Wladimir-Wolynski (Włodzimierz Wołyński), Lemberg (Lwów), Stryj (Stryi); die der sowjetischen Gebietsbevollmächtigten auf deutschem Gebiet Biala (Biała), Cholm (Chełm), Grubieszow (Hrubieszów), Jaroslau (Jarosław), Belgoraj (Biłgoraj), Sanok (Sanok), Lisko (Lesko), Neusandez (Nowy Sącz), Warschau (Warszawa) und Lodz (Łódź).¹⁹ In einem Zusatzprotokoll wurde festgelegt, dass der deutsche Gebietsbevollmächtigte in Lemberg gleichzeitig Stellvertreter des deutschen Hauptbevollmächtigten im sowjetischen Besatzungsgebiet war. Dementsprechend konnte die sowjetische Seite dort einen Stellvertreter ihres Hauptregierungsvertreters ernennen. Gleichzeitig war sie befugt, an einem der Standorte auf deutscher Seite (außer den Städten Cholm und Jaroslau) ebenfalls einen Stellvertreter des Hauptbevollmächtigten einzusetzen. Art. 17 des Umsiedlungsabkommens legte schließlich folgende Grenzübergangsstellen fest: Nowogrod (Nowogród), Sniadowo (Śniadowo), Tschizow (Czyżew), Simjatice (Siemiatycze), Brest-Litowsk (Brześć), Jagodin (Jagodzin), Uszilug (Uściług), Ljubyscha (Lubycza Królewska), Przemyśl (Przemyśl), Olchowzew (Olchowce).²⁰

Institutionen und Akteure

Das deutsche Interesse, die „größtzügigste Umsiedlungsaktion der Weltgeschichte“ in wenigen Monaten erfolgreich abzuwickeln, war groß. Die Definition dessen, was als Erfolg zu betrachten war, folgte den Raum- und Rassekonzepten, die Hitler in seiner berühmten „ethnopolitischen“ Rede am 6. Oktober 1939 bekräftigt hatte. Darin sah Hitler die wesentlichen Aufgaben, die sich durch den „Zerfall des polnischen Staates“ stellten, in der „Herstellung einer Reichsgrenze, die den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht wird“ sowie in der „Herstellung einer neuen Ordnung der ethnographischen

¹⁹ Hecker, Umsiedlungsverträge (wie Anm. 16), S. 105-119.

²⁰ Ebenda.

Verhältnisse“, die über die „Umsiedlung der Nationalitäten“ erreicht werden würde.²¹ Am darauffolgenden Tag, dem 7. Oktober 1939, beauftragte er seinen Reichsführer SS, Himmler, mit der Durchführung dieser Aufgabe, die Himmler umgehend dazu nutzte, den eigenen Machtbereich auszudehnen. Sehr zum Unmut seiner zahlreichen Konkurrenten war Himmler befugt, sich zur „Umsiedlung der deutschen Bevölkerungssplitter“ aller vorhandenen „Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden sowie der sonstigen öffentlichen Körperschaften und der bestehenden Siedlungsgesellschaften“ zu bedienen, und machte von diesem Recht weithin Gebrauch.²² Als Erstes streckte er seine Hände nach der VoMi aus, der er per Erlass vom 30. Oktober 1939 die operative Leitung überantwortete. Die im Jahr 1937 zur allseitigen, so auch zur finanziellen Unterstützung der deutschen Minderheiten im Ausland gegründete VoMi war eine von SS-Obergruppenführer Werner Lorenz geleitete und frühzeitig mit zahlreichen SS-Mitgliedern besetzte Behörde zur Umsetzung der nationalsozialistischen Volkstumspolitik.²³ Im Zuge der Umsiedlungsaktionen übernahmen enge Gefolgsleute Himmlers, die sich, wie Horst Hoffmeyer, zu „Fachexperten“ emporgearbeitet hatten, wichtige Schlüsselpositionen. Im Juni 1941 wurde die VoMi schließlich zu einem SS-Hauptamt, das Reichsführer Himmler direkt unterstellt war. Die VoMi war der zentrale Akteur der nationalsozialistischen Umsiedlungsaktionen, obschon auch Himmlers Konkurrenten im Reichsfinanzministerium, im Reichsgesundheitsministerium, im Deutschen Roten Kreuz und vor allem innerhalb der Zivilverwaltung im Generalgouvernement weiterhin im Spiel blieben.²⁴

Auf der sowjetischen Seite waren weitaus weniger Akteure beteiligt. Die Rollen waren eindeutig verteilt. Offiziell fiel die Umsiedlungsaktion in die Zuständigkeit von Molotovs Außenkommissariat. Tatsächlich hielt Lavrentij Berijas NKVD alle Fäden in der Hand. Wie aus den Tätigkeitsberichten der deutschen Umsiedlungskommandos hervorging, waren die sowjetischen Regierungsvertreter „durchweg NKVD-Offiziere, die eigens für diese Aufgabe instruiert und abgestellt“ wurden.²⁵ Das war nicht überraschend, schließlich handelte es sich bei der Umsiedlungsaktion um eine Operation, die in einem Grenzgebiet und somit in einer für Moskau sicherheitspolitischen Gefahrenzone *per se* ablaufen sollte. In den von den Truppen des NKVD von jeher kontrollierten Grenzzonen überwogen die Sicherheits- und Abwehrinteressen, dort gipfelte aber auch die Feindparanoia des Stalinismus, die ihren

21 Michael Wildt: „Eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“. Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe 3 (2006), H. 1, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2006/id=4759>, Druckausgabe: S. 129-137.

22 Erlass des Führers und Reichskanzlers zur Festigung des deutschen Volkstums, 7.10.1939, in: www.1000dokumente.de. 100(0) Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert [letzter Zugriff: 26.1.2018].

23 Zur Geschichte der VoMi siehe Vladis O. Lumans: *Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe, 1933–1945*, Chapel Hill, NC u.a. 1993.

24 Kathleen Kemmler: *Das Deutsche Rote Kreuz als Akteur während der Umsiedlungsaktionen der „Volksdeutschen“ von 1939 bis 1940 in Danzig-Westpreußen und dem Wartheland*, unveröffentl. Masterarbeit an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt a.d. Oder, Januar 2017.

25 Bundesarchiv Berlin, R59/311, *Volksdeutsche Mittelstelle, passim*. Berichte über die Tätigkeit des deutschen Umsiedlungskommandos auf dem Gebiet der Sowjetunion und die Mitwirkung der sowjetischen Regierungsvertreter bei der Aussiedlung der Volksdeutschen vom 28.1.1940.

Niederschlag in der ständigen Ausweitung der Grenzzone sowie in der harschen Kontrolle und permanenten Repression ihrer Bewohner fand.

Die straffe zentrale Organisation auf der sowjetischen Seite imponierte Himmlers Umsiedlungsexperten von Beginn an, während sie das deutsche Zuständigkeitswirrwarr für die teilweise chaotischen Zustände in den Auffanglagern verantwortlich machten. So klagte Hoffmeyer auf der Konferenz am 27. Januar, dass die deutschen Mitarbeiter als „höchste und hohe Beamte ja zugleich auch andere wichtige Aufgaben als die Umsiedlung durchzuführen“ hatten. Die „sowjetischen Regierungsvertreter auf der Gegenseite“, empfahl Hoffmeyer laut Sitzungsprotokoll, würden dagegen „ganz anders arbeiten. Hier, wurde Hoffmeyer wiedergegeben, „sei ein sowjetischer Apparat vorhanden, der nur für die Umsiedlung“ da war. „Haupt-, Gebiets- und Ortregierungsvertreter hätten nur die eine Aufgabe, sich der deutschen Aussiedlung zu widmen, die deutschen Maßnahmen zu ermöglichen [...] aber auch die Interessen der Sowjetunion wahrzunehmen. Sie seien genau über jeden Einzelvorgang unterrichtet und hätten fortlaufend genaueste Übersicht über das gesamte deutsche Personal, über die Entwicklung der Personen- und Vermögensregistrierungen, über Aufenthalt und Tätigkeit der Mitglieder des deutschen Kommandos, aber auch aller von diesen zur Mitarbeit herangezogenen volksdeutschen Helfer.“²⁶ SS-Mann Hoffmeyer schien vom sowjetischen Modell beeindruckt. Gleichzeitig blieb ihm nicht verborgen, dass die sowjetischen Vertreter im deutschen Besatzungsgebiet nur mit einem auffallend „geringfügigen Interesse“ an ihre Arbeit gegangen waren. Auf der Abschlusskonferenz im Januar häuften sich die Klagen der Besatzungsverwaltung über das Phlegma der sowjetischen Umsiedlungskommandos. Aus dem westgalizischen Jaroslau, wo acht NKVD-Mitglieder vor Ort waren, hieß es, dass trotz

„äußerst entgegenkommender Bereitstellung von Wohn- und Diensträumen [...] und allen erwünschten Hilfsmitteln [...] von einer intensiveren Tätigkeit bisher nichts zu bemerken [sei]. In andere Orte und auf das Land hinauszufahren, lehnen sie [die Sowjetvertreter; C.W.] im Hinblick auf die Schneeverhältnisse und die Witterung ab. Der Gesamteindruck: ungewandt und mangelndes Interesse. Richtlinien scheinen zu fehlen.“²⁷

Der Gleichmut, mit dem die sowjetischen Akteure die Umsiedlungsaktion eher verhinderten, mochte tiefsitzende Ressentiments bestätigen, die in den deutschen Berichten zahlreich vorhanden waren. Klagen über die „typische“ sowjetische Mangelwirtschaft waren ebenso verbreitet. Tatsächlich fehlten – wie in der gesamten Sowjetunion – Schreibmaterialien, amtliche Vordrucke, Arbeits- und Transportmittel. Dennoch erklärten die Ressentiments und herabwürdigenden Stereotype nicht das mangelnde Interesse, das politisch motiviert war. So wie die ethnische und soziale „Neuordnung“ fester Bestandteil der stalinistischen Sowjetisierungsstrategie in allen neu gewonnenen Gebieten des Imperiums war, so gering blieb das Verlangen Moskaus tausende „Blutsbrüder“, Ukrainer und Belarussen, zusätzlich aus dem deutschen Besatzungsgebiet aufnehmen, erfassen und „gegebenenfalls“ verhaften oder deportieren zu müssen. Warum auch, wo doch die besetzten Gebiete ohnehin schon im Chaos der Sowjetisierung versanken?

26 Ebenda.

27 Ebenda, hier Bl. 38.

„Man kann nicht sagen“, konstatierte der deutsche Stadtkommissar der Grenzstadt Sanok, „dass sich die Russen große Mühe gegeben haben, viele Menschen von hier fortzubringen. [...] Ich hatte den Eindruck, dass die russische Delegation Anweisungen erhalten hatte, so wenig wie möglich Menschen aus diesem Gebiet hinauszuziehen. [...] Einmal soll der Gebietsbevollmächtigte habe durchblicken lassen, dass er auf Ukrainer keinen Wert lege, da sie sowohl den Russen als auch den Deutschen Schwierigkeiten machten.“²⁸

Die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit

Die Umsiedlungsaktion im Winter 1939/40 war ein erschreckendes Beispiel für die deutsch-sowjetische Kollaboration zur Zeit des Hitler-Stalin-Pakts, gerade weil sie über die Zusammenarbeit zwischen dem stalinistischen NKVD und der nationalsozialistischen SS/SiPo informiert. Lange Jahrzehnte erschien der Gedanke an diese Zusammenarbeit unmöglich, unerhört oder im geringsten Fall sensationell. Ungeschehen wurde sie damit nicht, sondern nur verdrängt in einer Historiografie, die, aus freilich guten Gründen, ausgehend vom nationalsozialistischen Vernichtungskrieg in der Sowjetunion den Fokus auf die deutsch-sowjetische Gegnerschaft legte, während die Jahre des Bündnisses in den Hintergrund traten. Die Erkenntnis, dass NS-Täter wie Otto Wächter oder Hoffmeyer vor 1941 mit Vertretern der sowjetischen Regierung und dem NKVD „Hand in Hand“ arbeiteten und diese Zusammenarbeit als richtungweisenden Erfolg bezeichneten, ist erschreckend. Umso mehr, wenn Berichte und Protokolle zeigen, wie pragmatisch und unaufgeregt diese Arbeit vorstättenging. Die Verhandlungen und die gemeinsamen Arbeitstreffen, die gelegentlich unter dem Sammelbegriff geheimnisumwitterter „NKVD-Gestapo-Konferenzen“ firmieren, waren für die deutschen und die sowjetischen Teilnehmer weniger spektakulär als für die nachgeborenen Historikergenerationen. Sie waren, der Logik des Paktes folgend, schlichtweg erforderlich, um den „reibungslosen“ Ablauf der gemeinsamen Aktionen zu gewährleisten. „Dinge“ mussten besprochen werden und danach wurde häufig auch gemeinsam gegessen und getrunken. Der Zynismus, der den lakonischen Worten beigegeben ist, mag provokant erscheinen und soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich beide Seiten des speziellen Charakters ihrer Zusammenarbeit bewusst waren. SS-Mann Hoffmeyer wusste, dass er mit „Bolschewiken“ an einem Tisch saß, die ideologische Gegnerschaft aber in den Hintergrund zu treten hatte. Aufgehoben war sie, wie unter anderem aus dem AA stets betont wurde, zu keinem Zeitpunkt des Pakts. Exemplarisch für den „verordneten Umgang“ war etwa die Mitteilung, die der Staatssekretär im AA, Ernst von Weizsäcker, den deutschen Botschaften nach der Unterzeichnung des Grenz- und Freundschaftsvertrages am 28. September machte. Darin bezeichnete von Weizsäcker die „deutsch-russischen Abmachungen“ als eine „säkulare Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Sinne endgültiger Wiederaufnahme historischer Freundschaft. Ideologien der beiden Länder“, so der Staatssekretär, „bleiben gewahrt und von Vereinbarungen völlig unberührt.“²⁹

28 Ebenda, Blatt 45-47, Bericht des Stadtkommissars von Sanok an den Gouverneur des Distrikts Krakau vom 29.2.1940, hier Blatt 47.

29 Vgl. Pätzold, Rosenberg (Hrsg.), Sowjetstern und Hakenkreuz (wie Anm. 6), S. 264.

Das Misstrauen, das die Verbündeten nicht ablegten, beeinflusste die Umsiedlungsaktion, in deren Verlauf die SS mit großem Kommando in die Sowjetunion reiste, während Berijas NKVD im Generalgouvernement arbeitete. Beide begegneten dieser Tatsache mit Unbehagen und einem strengen wie allgegenwärtigen Überwachungssystem. So berichtete Alfred Karasek, ein bekannter Volkskundler und überzeugter Nationalsozialist, der als Gebietsbevollmächtigter dem „Umsiedlungskommando Wolhynien“ der VoMi angehörte, über seine „Gegenspieler“ [sic]:

„Was uns zuerst in Sowjetrußland begegnete, war restloses Misstrauen. Keiner unserer Schritte blieb unbewacht. Unsere Bewegungsfreiheit war auf das Mindeste eingeschränkt. [...] Für den Verkehr mit uns waren ihnen genaue Weisungen erteilt worden. Dies ergab sich vor allem aus den oft wortkargen Antworten auf bestimmte Beschwerden oder Fragen [...]. Dass die Regierungsvertreter vor ihrem Zusammentreffen mit uns eingehend geschult waren, haben übrigens einzelne von ihnen unumwunden zugegeben.“³⁰

Auch die deutschen Umsiedlungskommandos reisten nicht ohne Schulung in die Sowjetunion. Ihre Teilnehmer wurden schon vor der Unterzeichnung des Abkommens in Berlin, im sogenannten Friesenhaus am Reichssportfeld, dem heutigen Olympiapark, zusammengefasst. Insgesamt unterzogen sich im dortigen Lager mehrere hundert Personen verschiedenen Lehrgängen und der obligatorischen Einkleidung. Die Mehrzahl von ihnen, die zahlreichen DRK-Helferinnen, Ärzte und zukünftigen Lagerkommandanten waren für den Empfang der „Volksdeutschen“ an den Grenzübergängen und ihre Versorgung in den bald 47 Auffanglagern vorgesehen.³¹ Sie reisten nach Łódź, wo mit einer geplanten Kapazität von 40 000 Volksdeutschen das Aufnahmезentrum der Umsiedlungsaktion entstand. Das ausgesuchte SS-Personal war dagegen für den Einsatz im sowjetischen Besatzungsgebiet bestimmt und wurde u.a. von Hoffmeyer persönlich unterrichtet, der anwies, die Augen und Ohren offen zu halten, die „Schnauze“ aber „zu“, wie ein Teilnehmer berichtete.³²

Nach langen Verzögerungen – als Abreisetermin war ursprünglich der 12. November 1939 angekündigt – verließ das Umsiedlungskommando am 28. November den Berliner Bahnhof Charlottenburg und reiste über Krakau nach Przemysł, wo Hoffmeyer den Tross erwartete.³³ Anstatt die Mannschaften aber in den sowjetisch besetzten Teil über den Fluss San zu begleiten, informierte Hoffmeyer über Verzögerungen, da die sowjetische Seite Nachverhandlungen forderte. „Man spricht“, so SS-Untersturmführer Heinz Brückner, der als VoMi-Mitarbeiter dem Kommando angehörte, „von 2-10 Tagen, die wir voraussichtlich noch in Przemysł sein werden. Erst Kasernenunterbringung erwogen. Da dreckig, bleiben die Teilnehmer im Zug wohnen.“³⁴ Am darauffolgenden Tag, einem bitterkalten 1. De-

30 Bundesarchiv Berlin, Volksdeutsche Mittelstelle R 59/302, Bl. 43-45, Tätigkeitsbericht des Gebietsbevollmächtigten Karasek.

31 Markus Leniger: Nationalsozialistische „Volkstumsarbeit“ und Umsiedlungspolitik 1933–1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese, Berlin 2006, S. 95-99.

32 Bundesarchiv Berlin, Volksdeutsche Mittelstelle R 59/309, passim. Tagebuch SS-Untersturmführer Heinz Brückner.

33 Ebenda.

34 Ebenda.

zember, beobachtete SS-Mann Brückner dann die Ankunft einer sowjetischen Delegation: „Um 14 Uhr Eintreffen der Sowjetkommission zur Verhandlung. Verhandeln, verhandeln, verhandeln! Immer neue Schwierigkeiten. Tag der Abreise steht noch nicht fest.“³⁵

Welche „neuen Schwierigkeiten“ Hoffmeyer mit der sowjetischen Delegation verhandelte, ist nicht bekannt. Womöglich verzögerte sich nur die Zusammenstellung der sowjetischen Mannschaften, die aus verschiedenen Regionen und Dienststellen kamen und überprüft, instruiert sowie an ihre Einsatzorte transportiert werden mussten. Dem Völkischen Beobachter zufolge stieß sich die sowjetische Seite an der personellen Stärke des deutschen Kommandos von 450 Mitgliedern.³⁶ Diese wurde im Laufe der Verhandlungen auf 300 reduziert, die zurückgewiesenen 150 Personen blieben als „Reserve“ im Generalgouvernement. Fünf Tage nach der Ankunft der Delegation in Przemysł erschien am 6. Dezember 1939 in der Berliner Ausgabe des Völkischen Beobachters ein Artikel, der für den Abend das Eintreffen einer sowjetischen Regierungsdelegation in Krakau („Sowjetabordnung kommt nach Krakau“) zu „Vorbereitungen über die Umsiedlungsaktion“ ankündigte.³⁷ Auch dieser Artikel verriet nichts über die Inhalte, aber er nannte die wichtigsten Delegationsmitglieder:

„Die sowjetrussische Delegation wird geführt von dem Präsidenten der Kommission, Litwinov, Leiter der Westabteilung des Außenkommissariats der UdSSR, dem Divisionsgeneral Maslennikov, Mitglied des Obersten Sowjets und stellvertretender Volkskommissar des Innenkommissariats sowie dem Ministerialdirigenten im Außenkommissariat Arkadev.“³⁸

Abermals erschien der Name Litwinov ohne Angaben zum Vor- und Vatersnamen, diesmal aber um die Angabe ergänzt, dass es sich um den Leiter der Westabteilung im Außenkommissariat handele. Mit Ivan Maslennikov, den Kamphoeverer nach dem Krieg als eigentlichen Chef der sowjetischen Regierungskommission bezeichnete, und Dmitrij Arkadev reisten weiterhin zwei hochrangige NKVD-Funktionäre in die „Hauptstadt“ des deutschen Generalgouvernements. Maslennikov, Berijas Experte für „verdeckte Operationen“, war Ende der 1920er Jahre in den Dienst des NKVD eingetreten. Dort bewährte er sich als Chef der Grenztruppen und wurde nach einer zusätzlichen Ausbildung an der prestigeträchtigen Frunze-Akademie, der militärischen Kadenschmiede in Moskau, von Berija im Februar 1939 zum stellvertretenden Volkskommissar und zum Leiter der NKVD-Grenztruppen als auch der NKVD-Truppen im Landesinneren ernannt. In dieser Funktion kommandierte Maslennikov, den Zeitgenossen als „hart und manchmal unbarmherzig, rücksichtslos“ beschrieben,³⁹ den Einsatz der NKVD-Spezialtruppen nach dem Einmarsch in Polen im September 1939, die Verhaftung und Deportation tausender polnischer Staatsbürger, einschließlich der polnischen Militärangehörigen, die später den berüchtigten Massenerschießungen von Katyń zum Opfer fielen. Zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes war Maslennikov Berijas verlässlicher Koordinator des NKVD-Terrors in der Westukraine und in Westbelarus und stieg in den inneren

35 Ebenda.

36 Bundesarchiv Berlin, R 69/517, Bl. 001, Sonderbericht im Völkischen Beobachter Nr. 40 v. 1940.

37 Völkischer Beobachter v. 6. Dezember 1939 (Berliner Ausgabe).

38 Ebenda.

39 K.A. Veršin:in: Četvertaja vozdušnaja [Die vierte Luftarmee], Moskau 1975, S. 162.

Zirkel des NKVD-Chefs auf. Nach dem Sturz des Patrons im Zuge der Entstalinisierung beging Maslennikov, der heute noch als sowjetischer Kriegsheld verehrt wird, im Jahr 1954 Selbstmord. Auch der dritte Gast im Generalgouvernement, NKVD-Generalmajor Arkadev, war im Dezember 1939 bereits ein erfahrener Geheimdienstler und nicht, wie der Völkische Beobachter falsch informierte, Ministerialdirigent im Außenkommissariat. In der Hierarchie stand Arkadev als Leiter der NKVD-Abteilung für Eisenbahn- und Schiffstransporte deutlich unter Maslennikov. Arkadev gehörte zu den Exekutoren des Besatzungsterrors, seine Truppen organisierten die Vertreibungen, Verschleppungen und Deportationen und schließlich im Frühjahr 1940 den Abtransport der polnischen Kriegsgefangenen aus den Sonderlagern des NKVD an die Erschießungsorte, unter anderem nach Katyń.

Als der Sonderzug mit Litvinov, Maslennikov und Arkadev am 6. Dezember auf dem Krakauer Bahnhof einfuhr, stand mit Josef Bühler kein Geringerer als der Amtschef von Generalgouverneur Hans Frank am Bahnsteig zum Empfang bereit. Bühler war dessen rechte Hand, er stillte Franks Hunger auf Kunstschatze, sorgte für das annehmliche Leben auf der Krakauer Burg und kümmerte sich zunehmend mehr um das dreckige Tagesgeschäft: die Vernichtung der polnischen und der jüdischen Bevölkerung. Während Maslennikov und Arkadev die Massenerschießungen von Katyń durchführten, organisierte Bühler, der 1948 in Polen hingerichtet wurde, im Frühjahr 1940 die nationalsozialistische „Allgemeine Befriedungsaktion“ – eine brutale Massenvernichtungsaktion der polnischen Elite und Bevölkerung – und war im Januar 1942 einer der Teilnehmer an der berüchtigten Wannsee-Konferenz zur „Endlösung“ der Judenfrage. Im Dezember 1939 begleitete Bühler die Gäste der sowjetischen Regierungsdelegation direkt auf die Krakauer Burg, wo im Festsaal ein feierlicher Empfang stattfand. Nach einem ebenso feierlichen Abendessen pries Frank, erfüllt vom Erfolg der Verhandlungen, die er nicht geführt hatte, die deutsch-sowjetische Freundschaft und das Regierungsabkommen in den höchsten Tönen als dem

„großen Gedanken unseres Führers [entsprechend; C. W.], den Deutschen, die bisher verstreut in der Welt lebten, wieder eine gemeinsame Heimat zu geben, und zugleich dem erklärten Wunsch des Lenkers der Sowjetunion [entsprechend; C. W.], den früher von Polen unterjochten slawischen Minderheiten den Weg freizumachen, damit sie sich mit ihren Blutsverwandten vereinigen können.“⁴⁰

Das Abendessen auf der Krakauer Burg war der symbolische Höhepunkt im Besuchsprogramm der sowjetischen Delegation. Aufschlussreicher im Hinblick auf die konkreten Verhandlungen waren die weniger öffentlichen Treffen. Während Frank für Pomp and *Circumstance* zuständig war, fanden die entscheidenden Gespräche zwischen der SS, dem Sicherheitsdienst (SD) und dem NKVD zum einen während des erwähnten Aufenthalts in Przemyśl statt, wo Hoffmeyer gemeinsam mit dem Distrikt-Gouverneur von Krakau, SS-Brigadeführer Otto Wächter, verhandelte. Wie der Völkische Beobachter informierte, hatte auch Wächter die sowjetische Delegation am 1. Dezember 1939 in Przemyśl in Empfang genommen. Nicht minder bemerkenswert war das Treffen nach dem Festempfang, das der Völkische Beobachter als „kurzen Ausflug in die Berge der Hohen Tatra“ verkaufte.⁴¹ Aller-

40 Vgl. Pätzold, Rosenberg (Hrsg.), Sowjetstern und Hakenkreuz (wie Anm. 6), S. 280.

41 Völkischer Beobachter v. 9. Dezember 1939 (Berliner Ausgabe).

dings erfuhren die Leser nicht, was die Leser der Besatzungspresse, konkret der Warschauer Zeitung, im Generalgouvernement erfuhren: Die sowjetische Delegation unternahm keinen harmlosen Ausflug in die Berge, sondern reiste nach Zakopane, einen zweifelsohne beliebten Winter- und Skiferienort, in dem noch vor Kriegsbeginn, im Februar 1939, die Nordischen Skiweltmeisterschaften stattgefunden hatten.⁴² Zakopane war allerdings auch ein wichtiger Militärstützpunkt. Während der deutschen Besatzung befand sich dort eine Kaderschmiede des SD und der SiPo, in der Deutsche, vor allem aber kollaborationswillige Ukrainer, Polen, Slowaken und Belarussen in mehrmonatigen Lehrgängen sowohl nachrichtendienstlich als auch in Folter- und Verhörmethoden unterrichtet wurden.⁴³ Im Zweiten Weltkrieg war Zakopane beileibe kein idyllischer Bergkurort, sondern ein geheimdienstlicher Treffpunkt, einerseits für die Koordination der Zusammenarbeit von SS und NKVD sowie, andererseits, für die militärische Ausbildung von Ukrainern, die als vehemente Nationalisten gleichzeitig Stalins Volksfeinde und potentielle Opfer dieser Zusammenarbeit waren. Worüber dort im Dezember konkret gesprochen wurde, ist durch Quellen nur unzureichend belegt. Das Treffen aber fand statt und zu vermuten wäre, dass es neben Fragen der konkreten Umsiedlungsaktion auch um den Umgang mit dem polnischen Widerstand ging, über den zu berichten beide Seiten in einem geheimen Zusatzprotokoll zum Grenz- und Freundschaftsvertrag vereinbart hatten.

„Allgemeines Gelächter auf beiden Seiten“

Während sich Litvinov, Maslennikov und Arkadev in Zakopane aufhielten, warteten SS-Mann Brückner und mit ihm das rund 300 Personen starke Umsiedlungskommando an der Grenze. Am frühen Morgen des 8. Dezember, wenige Stunden nach der Abreise der sowjetischen Regierungsdelegation aus Krakau war es soweit: „Die Wagen rücken vor – wir sind in der Sowjetunion!“, so Brückner, „Rechts und links der Strasse Posten der sowjetischen Armee unter Gewehr. Sehr gutes Menschenmaterial, darunter viele intelligente Gesichter. Haltung vollkommen einwandfrei.“⁴⁴ Brückner berichtete von einem freundlichen und höflichen Empfang durch die Grenztruppen des NKVD, die den Deutschen nicht mehr von der Seite wichen, aber „höflich und ohne alle Schikanen“ die Zollkontrolle durchführten:

„Unsere Mannschaft zum Teil zu eifrig: stellen ihre Koffer ohne weiteres in den Straßenschlamm. Gesucht wird wohl lediglich nach Waffen. Gefunden wird: – ein rostiger, nicht [...] polnischer Kavalleriesäbel. Politischer Kommissar beschlagnahmt ihn begeistert. Durch Dolmetscher wird der leitende Beamte der sowjetischen Staatspolizei verständigt. Erst ernstes Gesicht, dann: ‚Ist wohl Beutestück? Wahrscheinlich

42 Warschauer Zeitung. Zeitung für das Generalgouvernement v. 9. Dezember 1939.

43 <http://www.holocaustresearchproject.org/nazioccupation/sdschool.html> [letzter Zugriff: 9.3.2017]. Vgl. auch: Claudia Weber: Krieg der Täter. Die Massenerschießungen von Katyń, Hamburg 2015, S. 50 f.

44 Bundesarchiv Berlin, Volksdeutsche Mittelstelle R 59/309, Bl. 7. Tagebuch SS-Untersturmführer Heinz Brückner.

„Allgemeines Gelächter auf beiden Seiten.“

125

Säbel von Marschall Rydz-Smigly!⁴⁵ Allgemeines Gelächter auf beiden Seiten. Situation ist gerettet. Corpus delicti darf passieren.“⁴⁵

Die Umsiedlungsaktion begann.

Summary

The article addresses the historical collaboration between national socialist and stalinist actors and perpetrators during the time of the Hitler-Stalin-Pact in Poland. In doing so it sheds light on the bilateral exchange of the population in the occupied territories, such as Poles, Ukrainians, Belorussians, Germans and also Jews. Based on the treaty of mutual friendship and borders which the German foreign minister Ribbentrop and Stalins foreign commissar Molotov signed on September 28th in Moscow, the exchange begun in fall 1939 and ended in winter/spring of 1940. The article investigates how the process was set in practice, how both regimes worked together and to which extent the exchange produced chaos, violence and terror on each side of the German-Soviet border. Despite the vast amount of literature on the diplomatic history and the origins of the pact, this part remained rather unknown and forgotten due to the fact that the two occupational regimes were rather analyzed isolated from each other. An entangled perspective, in contrast, offers surprising as well as appalling insights into a violent collaboration that constituted the first twenty two months of the Second World War.

45 Ebenda.